

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 30.01.2019
Sitzung Nummer:	31 (WLTA/31/2019)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:54 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Eike Trumpf
Vorsitzender

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Eike Trumpf

Mitglieder

Herr Bernd Hauke
Herr Torsten Müller
Frau Gesine Seidel
Herr Bernd Witt

sachkundige Einwohner

Herr Gerhard Faller-Walzer
Herr Denis Kreuzadler
Herr Bernd-Otto Leunig
Herr Klaus Liebsch
Herr Heinz Riemann

von der Verwaltung

Frau Anja Krüger
Herr Sebastian Stoll
Frau Maria Wendt

Abwesend:

Mitglieder

Frau Verena Schlüsselburg
Herr Klaus Schmotz

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Jutta Schwarzer

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus sowie der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Einwohnerfragestunde
 - 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus vom 24.10.2018
 - 6 Bericht zur wirtschaftlichen Lage im Landkreis Stendal und zur Wirtschaftsförderung
- Mitteilungsvorlage -
Berichterstatte: Frau Wendt
Vorlage: 579/2018
 - 7 Konzept zur Gestaltung der Energiewende und des Klimaschutzes im Landkreis Stendal
Vorlage: 572/2018
 - 8 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Trumpf eröffnet um 17.03 Uhr die 31. Sitzung des Fachausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Trumpf stellt die ordnungsgemäße Einberufung der 31. Sitzung fest.
Die fristgerechte Ladung ist erfolgt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Es fehlen Frau Schlüsselburg (entschuldigt), Herr Schmotz und Frau Schwarzer.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es bestehen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung, sodass nach dieser verfahren wird.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus vom 24.10.2018

Der Vorsitzende bittet um eventuelle Anmerkungen oder Hinweise bezüglich der Niederschrift zur 30. Sitzung des Fachausschusses.

Da dies nicht der Fall ist, gilt der öffentliche Teil der Niederschrift als festgestellt.

**zu TOP 6 Bericht zur wirtschaftlichen Lage im Landkreis Stendal und zur Wirtschaftsförderung
- Mitteilungsvorlage -
Berichterstatter: Frau Wendt
Vorlage: 579/2018**

Frau Wendt stellt den Bericht der wirtschaftlichen Lage anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 6 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Frau Seidel möchte wissen, was Zellstoff Stendal GmbH (K) bedeutet und welche Abgrenzung es zur Zellstoff Stendal GmbH gibt.

Daraufhin sichert Herr Stoll eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Herr Hauke findet, dass sich viele Zahlen im Bericht widersprechen. Man sollte sich in Zukunft auf Zahlen von einer Quelle einigen.

Frau Wendt erklärt, dass es viele unterschiedliche Quellen gibt und dadurch auch unterschiedliche Zahlen zustande kommen.

Herr Hauke bezieht sich auf den Bericht der wirtschaftlichen Lage (Seite 3). Der Agentur für Arbeit stehen 3,5 Mio. € zur Verfügung. In wie weit werden diese Mittel abgefordert bzw. genutzt?

Es wird eine schriftliche Antwort folgen.

Zudem möchte Herr Hauke wissen, was unter einer Unterbeschäftigung zu verstehen ist.

Frau Wendt antwortet, dass neben Arbeitslosen auch Teilnehmer in Maßnahmen, Weiterbildung, Vorruhestandsregelungen und arbeitsunfähige Erkrankte erfasst. Das ist demnach die Definition von einer Unterbeschäftigung.

Herr Hauke und auch seine Fraktion sind der Meinung, dass der Bericht nichts über die Landschaftsschutzgebiete im Landkreis Stendal aussagt. Es wird zwar beschrieben, dass der Landkreis landwirtschaftlich geprägt wird aber es fehlten Aussagen zu den Landschaftsschutzgebieten, den Biobauern, der Bearbeitung mit Pestiziden und den erneuerbaren Energien. Im Bericht kommt zum Tragen, dass es viele freie Gewerbe- und Industrieflächen gibt. Man sollte sich allerdings die Frage stellen, ob die Versorgung der Flächen durch Energieträger gewährleistet werden kann.

Frau Seidel merkt an, dass vor 2 oder 3 Jahren schon einmal ein solcher Bericht vorgestellt wurde. Es wurden leider sehr wenige Hinweise vom letzten Mal aufgenommen und eingearbeitet. Zum Thema Tourismus ist sehr wenig aufgeführt. Eventuell liegt es daran, dass der zuständige Zweckverband erst vor kurzem gegründet wurde, allerdings denke ich, dass der Landkreis mehr im Tourismus zu bieten hat als das hier aufgeführte. Auch im Bereich Landwirtschaft gibt es mehr, als nur Rinder. Es gibt viele Dinge, die im nächsten Bericht berücksichtigt werden könnten/sollten:

1. Wie viele Investitionen sind nach Beratungen zu Stande gekommen?
2. Welche Verteilung gibt es auf dem Arbeitsmarkt bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten?
3. Wie groß sind die Unterschiede bei arbeitslosen Frauen und Männern?
4. Wieviel Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos? (Ebenfalls Unterscheidung zwischen Mann und Frau)
5. Welche Rolle wird die Grüne Wiese spielen? Existiert dieses Projekt noch?

Herr Müller möchte konkrete Aussagen zum Bericht erhalten. Wo steht der Landkreis Stendal in Deutschland, bezogen auf die wirtschaftliche Lage? Hat sich die Lage des Landkreises in den letzten Jahren verbessert oder verschlechtert? Solche Aussagen fehlen im Bericht komplett.

Herr Stoll schlägt vor, dass sich der Ausschuss einigt, an welchen Zahlen der Landkreis Bundesweit verglichen werden soll. Man kann festlegen welche Zahlen ab sofort im Bericht aufgeführt werden sollen. An diesen Zahlen kann man sich dann vergleichen und eine Entwicklung ableiten.

Herr Witt stimmt zu, dass es hilfreich wäre eine Tendenz oder Entwicklung im Bericht festzuhalten. Dadurch wären viele Dinge aufschlussreicher. Man sollte auch Schwachstellen ausweisen und Verbesserungsvorschläge aufnehmen.

Herr Riemann erklärt, dass es in den ganzen Jahren seiner Mitarbeit keine Verbesserungen oder Vorschläge aus dem Bericht umgesetzt wurden.

Wenn analytische Erhebungen durchgeführt werden, soll auch gleichzeitig mit aufgenommen werden was verändert werden kann und welche Möglichkeiten dem Landkreis offen stehen. In den letzten Jahren wurde der Landkreis verwaltet, aber nicht gestaltet. Die politische Kraft muss größer werden, sodass man Kompromisse schließen kann. Es müssen einfach attraktivere Angebote (besonders bei den Grundstücken) gemacht werden um mehr Wirtschaft und Industrie anzusiedeln.

Herr Stoll erläutert, dass die Aussagen von Herrn Riemann (bezüglich der Attraktivität der Grundstückspreise) Aufgaben der Verbands- und Einheitsgemeinden sind. Der Landkreis hat keinen Einfluss darauf, welche Preise für Grundstücke festgelegt werden oder welche Grundstücke angeboten werden. Eine Gemeinde entscheidet über die Erhebung einer Gewerbesteuer. Das bedeutet nicht der Landkreis, sondern die Gemeinden sind Nutznießer dieser Steuer. Es müsste ein Instrument für den Landkreis geben, in dieser Entscheidung mitzuwirken. Allerdings ist der Landkreis „Grundstückslos“. Die Industrie- und Gewerbeflächen, die Bebauungspläne und auch die Flächennutzungspläne gehören den Verbands- und Einheitsgemeinden.

Für Herrn Riemann muss es ein Gremium geben, welches sich gegenüber der Übergeordneten Behörde durchsetzen kann. Der Landkreis Stendal ist Genehmigungsbehörde für das Aufstellen von Windkraftanlagen. Davon profitiert allerdings nur die zuständige Gemeinde. Dies sollte man versuchen zu ändern. Der Landkreis sollte neben der Gemeinde ebenfalls Profit daraus schlagen können. In manchen Sachen wird die Politik von der Wirtschaft missbraucht. Der Landkreis ist genehmigende Behörde und sollte dafür auch einen gewissen Anteil erhalten.

Herr Faller-Walzer erkennt das Problem, dass es für eine solche Forderung keine rechtliche Handhabe gibt.

Herr Riemann stimmt der Aussage zu. Es kann nicht sein, dass die Politik keinen Einfluss auf die Wirtschaft hat.

Frau Seidel findet die Aussage von Herrn Stoll schlüssig. Der Landkreis ist nicht zuständig und kann aus diesem Grund auch keinen Einfluss nehmen. Solche Dinge müssen aber auch in dem Bericht der wirtschaftlichen Lage formuliert werden. Die Möglichkeiten sollten alle aufgezeigt werden und es muss Begründungen geben, warum diese nicht vom Landkreis umgesetzt werden können. Mit einem solchen Bericht soll anschließend gearbeitet werden. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Stendal sollte in Zukunft stärker mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises zusammenarbeiten. Dieses Thema wird auch noch einmal bei der Stadt angesprochen.

Herr Stoll sichert zu, dass man sich über die Anregungen und Verbesserungsvorschläge Gedanken macht. Ein Bericht soll zur Diskussion anregen. Zukünftig soll der Bericht eine andere Struktur und andere Schwerpunkte enthalten.

Herr Müller empfindet es als sehr wichtig auch den Ausbau des Breitbandes in den Bericht aufzunehmen. Dadurch können Veränderungen deutlich gemacht werden.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Vorsitzende die Mitteilungsvorlage zur Abstimmung.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 7 Konzept zur Gestaltung der Energiewende und des Klimaschutzes im Landkreis Stendal
Vorlage: 572/2018**

Herr Stoll stellt das Konzept anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 7 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Riemann möchte wissen, wie der zeitliche Ablauf für die Umsetzung geplant ist.

Herr Stoll antwortet, dass der Kreistag am 21.03.2019 dieses Konzept beschließen soll. Danach soll der entsprechende Antrag an den Fördermittelgeber geschickt werden. Man geht davon aus, dass im Mai/Juni der Fördermittelbescheid vorliegen wird. Im Anschluss daran kann die Stelle des Klimaschutzmanagers ausgeschrieben werden. Sollte es der Arbeitsmarkt hergeben, so wäre im Besten Fall zum 01.01.2020 die Stelle besetzt.

Herr Riemann fragt, ob es möglich ist aus dem eigenen Haus einen Mitarbeiter mit diesen Aufgaben vertraut zu machen. Dadurch könnten Personalkosten eingespart werden. Für die Stelle sind 50.000 € durch den Fördermittelgeber vorgegeben. Dafür wird es schwer einen geeigneten Kandidaten aus der freien Wirtschaft abzuwerben.

Herr Stoll stimmt zu, dass eine solche Variante wünschenswert wäre. Man möchte dort aber auch einen Mitarbeiter, der diese Tätigkeit ausüben möchte. Eine (Zwangs-)Versetzung innerhalb des Hauses würde sich wahrscheinlich auch in der Arbeit widerspiegeln. Jeder Mitarbeiter aus dem Haus hat die Möglichkeit sich auf die ausgeschriebenen Stellen zu bewerben. Sollte es einen geeigneten und kompetenten Kandidaten aus dem eigenen Haus geben, so wird man sich wahrscheinlich für diesen entscheiden. Auszuschließen ist diese Variante also nicht.

Herr Faller-Walzer merkt an, dass die Projekte laut Beschlussvorlage bis einschließlich 2020 realisiert werden sollen. Der Klimaschutzmanager fängt voraussichtlich erst im Januar 2020 an. Der Zeitplan erscheint mir daher sehr unrealistisch.

Frau Krüger erklärt, dass die RESA 2016 erstellt wurde. Das bedeutet die Realisierung bis 2020 ist noch ein alter Wert und selbstverständlich nicht einzuhalten. Alle spezifizierten Projekte haben aktuelle und realistische Daten zugeordnet bekommen, da man erst 2020 beginnen kann. Von den 50, hier vorgestellten Projekten, wurde seit 2016 keines noch einmal angefasst.

Herr Faller-Walzer sieht es sehr kritisch, dass eine Stelle als Klimaschutzmanager ausreichend ist. Er muss viele unterschiedliche und vielfältige Gebiete abdecken. Entweder man stellt zwei Leute ein oder ihm werden einige Arbeiten durch andere Ämter abgenommen.

Frau Krüger antwortet, dass die Stelle zunächst für 3 Jahre befristet ist. Der Klimaschutzmanager soll viele Ideen anschieben und wird dabei von den Ämtern unterstützt.

Frau Seidel unterstützt die Meinung von Herrn Faller-Walzer. Ohne Unterstützung der Ämter, wäre es zu viel Arbeit für nur einen Mitarbeiter. Wenn der Fall eintreten sollte, dass sich keiner auf diese Stelle bewirbt, besteht dann die Möglichkeit eine Firma zu beauftragen?

Frau Krüger stellt klar, dass der Mitarbeiter beim Landkreis angestellt sein muss um die Förderung dieser Stelle zu erhalten.

Frau Seidel möchte wissen, wer der Fördermittelgeber ist.

Herr Stoll antwortet, dass es sich hierbei um ein Bundesförderprogramm handelt.

Frau Seidel möchte zuletzt wissen, welchem Amt der Klimaschutzmanager letztendlich zugeordnet werden soll.

Der Manager soll nach Aussage von Herrn Stoll dem Amt der Wirtschaftsförderung zugeteilt werden.

Herr Müller sieht in diesem Förderprogramm eine große Chance. Nicht nur die großen Firmen, sondern auch Kommunen und Privatleute können dadurch angesprochen werden.

Herr Witt unterstützt das vorgelegte Konzept. Man sollte in die Gemeinden neue Ideen einbringen und überhaupt zunächst erst einmal anfangen. Eventuell lassen sich durch das Gebäudemanagement schon einige Projekte in der Zeit umsetzen, in der man auf den Klimaschutzmanager wartet.

Es gibt keine weiteren Fragen. Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 8 Anfragen und Anregungen

Herr Müller fragt nach neuen Erkenntnissen zum Breitbandausbau.

Herr Stoll erklärt, dass Herr Kluge (Geschäftsführer Zweckverband Breitband) im Ausschuss für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur am 31.01.2019 über den aktuellen Stand informieren wird. Momentan versucht man in allen 3 Clustergebieten die Anschlussquote zu sammeln. Ziel ist es in allen Clustern jeweils 60 % Anschlussquote zu erreichen. Heute kann noch keine aktuelle Zahl genannt werden, aber man weiß, dass die 60 % noch nicht erreicht wurden. Aus diesem Grund gilt es weiterhin für den Ausbau zu werben. Sollte die Grenze nicht erreicht werden, so wäre dieses Thema für 10 Jahre nicht umsetzbar.

Herr Müller informiert darüber, dass es bei der Online-Anmeldung einige Probleme gibt. Darum sollte man sich noch einmal kümmern.

Herr Riemann hat gehört, dass die Städte Stendal und Salzwedel aus dem Zweckverband ausgetreten sind.

Herr Stoll erläutert, dass sich die Stendal und Salzwedel bereits 2011 nicht zu einem Beitritt entschlossen haben. Das bedeutet sie waren noch nie Mitglied in dem Verband.

Herr Müller möchte wissen, warum die beiden Städte nicht dem Zweckverband beigetreten sind.

Frau Seidel erklärt, dass die Stadt Stendal mit der Telekom einen Servicevertrag geschlossen hat. Derzeit gibt es einfach das Problem, dass die Stadtverwaltung zwar einen Vertrag hat, dieser aber nicht für Extras gilt. Für diese muss gezahlt werden. Leute, die eben nicht im Stadtkern leben fallen deshalb aus dem Vertrag raus.

Herr Faller-Walzer wirft ein, dass die Idee mit dem Glasfasernetz lange genug über Presse und Bürgermeister kommuniziert wurde. Es kann doch nicht sein, dass der Stadtkern durch die Telekom gut versorgt ist, aber die ganzen Ortschaften, die zu Stendal gehören nicht.

Frau Seidel bringt an, dass sie als Stadträtin nichts dagegen tun kann. Die Bürger und Firmen müssen aktiv werden.

Für Herr Witt liegt das eigentliche Problem auf Bundes- und Landesebene. Man muss nur die Diskussion der Fördermittel in den letzten Jahren beachten. Das Problem gibt es in vielen kleinen Ortschaften, da diese damals Verträge mit der Telekom abgeschlossen haben. Als der Breitband damals mit dem Ausbau starten wollte, kam die Telekom und hat parallel Kabel verlegt. Das große Problem liegt als zwischen Bund und Industrie.

Herr Leunig fügt das Problem hinzu, dass es in Bismark schwarze und weiße Flecken gibt. Allerdings werden nur die weißen Flecken gefördert.

Herr Stoll stimmt zu, dass diese Flecken in jeder Veranstaltung eine große Diskussion auslösen. Teilweise hört man, dass Straßenzüge anders erschlossen wurden und dadurch zu anderen Farben werden.

Herr Trumpf hat Informationen zum Pilotcluster. Dieses ist jetzt abgeschlossen. Der Hauptanschlusspunkt ist in Osterholz. Das Kabel führt an Osterholz vorbei und beginnt in Altenzaun. Allerdings gilt die Ortschaft Osterholz, welches 800m von der Kabeltrasse entfernt ist, als erschlossen. Es sollte überprüft werden, ob Osterholz noch erschlossen werden kann, obwohl das Pilotcluster als komplett erschlossen gilt.

Herr Witt ist, aufgrund des Angebotes durch den Ausschuss, mit zur Grünen Woche nach Berlin gefahren. Schade ist es, dass lediglich 3 Mitglieder dieses Ausschusses an der Fahrt teilgenommen haben, obwohl der Tag vorbildlich vorbereitet war.

Zum anderen wäre es wünschenswert mehr Informationen zum Thema Zweckverband „Altmärkischer Regionalmarketing- und Tourismusverband“ zu erhalten.

Herr Trumpf schlägt vor, dieses Thema im nächsten Ausschuss auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.

Herr Müller fragt, ob die Bäume an den Kreisstraßen, die aufgrund der Witterung abgestorben sind, nachgepflanzt werden und wir dort der derzeitige Stand ist.

Herr Stoll erklärt, dass es dazu bereits eine schriftliche Antwort gab. Diese soll Herr Müller noch einmal zukommen.

Herr Müller möchte wissen, ob auch Privatpersonen sich um diese Bäume kümmern können.

Herr Stoll antwortet, dass aufgrund einer Anwachsgarantie, dass Anwachsen der Bäume für 3 Jahre gewährleistet werden muss. Allerdings ist die Hilfe von Bürgern immer gerne gesehen.

Frau Seidel hat eine Frage zum Eichenprozessionsspinner. Ist es richtig, dass das Gel nur in Seehausen abgerufen wurde?

Herr Stoll kann diese Information nicht dementieren.

Frau Seidel hinterfragt, ob der Kreistag darauf Einfluss nehmen kann die Gemeinden zu unterstützen. Eventuell auch durch eine andere Förderrichtlinie.

Herr Stoll erläutert, dass dem nichts im Wege steht. Herr Dr. Gruber wird nach dem Sommer die Ergebnisse der Bekämpfung vorstellen. In dem Zuge könnte man sich als Kreistag noch einmal zu den Fördermitteln positionieren. Die Gemeinden sollten allerdings ebenfalls über den Städte- und Gemeindeverbund versuchen auf das Land Einfluss zu nehmen.

Frau Seidel war im letzten Jahr bei der Klimakonferenz der Waldbesitzer. Dort wurde eine Studie vorgestellt, dass der Sommer in den nächsten Jahren ach wissenschaftlichen Erkenntnissen dem Sommer aus 2018 ähneln werden. Das bedeutet viel Dürre und Trockenheit. Die EU schreibt vor, welche Bäume gepflanzt werden müssen (Bsp.: Buchen). Bei dem zu erwartenden Klima haben diese Bäume allerdings nicht die besten Chancen zu wachsen.

Wäre es möglich jemanden einzuladen, der dem Ausschuss die Waldwirtschaft im Landkreis Stendal näher bringt und erklärt?

Herr Liebsch macht den Vorschlag im Sommer das Bundesforstamt einzuladen oder auch zu besuchen.

Dieser Vorschlag findet Zustimmung.

Herr Witt fragt, ob es neue Informationen zur Natura 2000 – Verordnung gibt.

Herr Witt wird dazu an den Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz verwiesen.

Herr Müller erläutert, dass es seit dem Vorfall im Schlachthof Hohengöhrener Damm immer vermehrt unangekündigte Kontrollen der Landwirtschaftsbetriebe gibt. Soll dies jetzt zum Standardprogramm werden?

Die Kontrollen sind notwendig und müssen erledigt werden, aber ohne Anmeldung ist es für die Mitarbeiter der Betriebe sehr schwierig, da sie sich meist in Stresssituationen befinden.

Herr Stoll antwortet, dass schon immer gefordert war solche Kontrollen unangekündigt durchzuführen. Landesweit wird dies jetzt allerdings noch stärker gefordert und auch durchgesetzt. Das dies zu praktischen Problemen führt ist uns als Landkreis bewusst. Grundsätzlich ist es aber gefordert solche Kontrollen ohne Voranmeldung

durchzuführen. Die Abstände der Kontrollen eines Betriebes hängen selbstverständlich von der Risikoeinschätzung ab.

Für Herrn Riemann zeigen die aktuellen Ereignisse, dass eine solche Kontrolle ohne Anmeldung sehr wichtig ist. Es gibt leider einige Betriebe, bei denen die Kontrolle viel Negatives aufzeigt und gerade solchen „Schwarzen Schafe“ fallen dann auf die Behörde zurück.

Weitere Anfragen gibt es nicht.